

## AUS für ambulant betreute Pflegewohngruppen?

Ist es Unfähigkeit, Interessen-fehlgeleitete Finanzpolitik oder liegt es einfach daran, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen keine Lobby haben? Die große Koalition hat im hopplahopp-Verfahren vor der letzten Bundestagswahl eine "KLEINE PFLEGEREFORM" auf den Weg gebracht (GVWG), die - sollte sie nicht korrigiert und weiterentwickelt werden - zu einer drastischen Verschärfung des Pflegenotstands führen wird.

### Was ist passiert?

Die Reformer haben schlicht und einfach die PFLEGEWOHNGRUPPEN für hilfebedürftige Menschen, als zukunftsweisende Form gemeinschaftlich-häuslicher Pflege vergessen. Oder was viel schlimmer wäre, bewusst außen vorgelassen. Sie haben für Pflegebedürftige zwar ein anerkanntes Entlastungspaket geschnürt (gestaffelte Leistungszuschläge). Aber dies gilt nur für solche in STATIONÄREN Einrichtungen, die zunehmend von gewinnorientierten Kapitalgesellschaften aufgekauft werden.

### Warum ist dies völlig unbedacht?

Pflegewohngruppen erweisen sich zunehmend als ein von vielen Pflegebedürftigen favorisierter Ausweg aus der unter dem Fachkräftemangel zusammenbrechenden stationären Pflege (geschlossene Abteilungen, Schließung neuer Pflegeheime (siehe aktuell Glottertal), Abwanderung von erschöpftem Pflegepersonal). Auf der anderen Seite werden 4/5 der Pflegebedürftige von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt, eine Situation, die immer schwieriger wird, weil aufgrund des gesellschaftlichen Wandels Familien immer weniger lokal nahe zusammenleben und sich dann nicht mehr entsprechend unterstützen können.

**Und nun das:** statt Initiativen und Kommunen zu ermutigen, sich auf einen hoffnungsvollen Weg einer neuen Pflegekultur zu begeben, werden den bestehenden Pflegewohngruppen Knüppel zwischen die Beine geworfen, wird bürgerschaftliches

Engagement zerstört, wird der allseits begrüßte gute Ansatz einer humanen Pflege für Betroffene und Personal erstickt und werden die begehrten WG- Pflegeplätze zum Luxusobjekt einer gut situierten Gesellschaftsschicht.

Sehen die politischen Entscheidungsträger denn nicht, dass wir mitten in einer sich verschärfenden demografischen Krise und einem umfassenden gesellschaftsgesellschaftlichen Wandel sind? Nicht davor, sondern mitten in der Wand! Sehen sie nicht, dass zwischen überforderten Angehörigen und einem zusammenbrechenden stationären Pflegemarkt ambulant betreute Pflegewohngruppen einen hoffnungsvollen Ausweg aus den leidvollen Notlagen darstellen, dazu noch gewünscht von vielen engagierten Bürgern, von mutigen Kommunen, von Angehörigen und Hilfsbedürftigen gleichermaßen, empfohlen von der Wissenschaft und Praktikern?

Und wer da meint, man könnte mit dem Ausschluss von Pflegewohngruppen aus dem Entlastungspaket Geld sparen und so das Gesundheitssystem finanziell entlasten, der irrt.

Im aktuellen Pflegereport 2022 der DAK ist zu lesen: die Kosten von Pflegebedürftigen, die mangels guter Alternativen von überforderten Angehörigen in Krankenhäuser gebracht werden, bewegen sich mittlerweile im Milliarden-Niveau.

**Fazit:** Pflege und Betreuung müssen dort massiv gestärkt werden, wo die meisten Pflegebedürftigen (80%) betreut werden, in der HÄUSLICHEN PFLEGE und in der GEMEINSCHAFTLICH ORGANISIERTEN HÄUSLICHEN PFLEGE (Pflegewohngruppen). Den allseits in der Politik formulierten Lippenbekenntnissen zur Stärkung der häuslichen Pflege müssen endlich durchschlagende Unterstützungspakete folgen. Sonst wird aus einem Pflegenotstand eine Pflegekatastrophe. Hier ist ein echter bundeskanzlerischer Wumms in Form einer GROßEN PFLEGEREFORM längst überfällig.

Franz Josef Winterhalter  
Oberried